

SD-Poscht

Informationsblatt für Mitglieder und Sympathisant(inn)en der SD im Kanton Zürich

Jetzt zählt jede Stimme!

Seit im Jahre 2002 das Personenfreizügigkeits-Abkommen mit der EU in Kraft getreten ist, hat die Schweiz keinerlei Möglichkeit mehr, die Einwanderung zu bremsen. Die Wirtschaft wird ständig weiter aufgebläht und das dazu nötige Personal laufend aus dem Ausland geholt. Manchenorts entlässt man auch ältere Arbeitnehmer und ersetzt sie mit jungen (und billigeren) Einwanderern. Der Familiennachzug verstärkt den Zuwanderungsdruck zusätzlich. Trotz fortschreitender Verbe-tonierung des Landes wird das Wohnen vor allem in den Agglomerationen immer teurer. Gleich-zeitig geraten wegen des ständigen Überangebots an Arbeitskräften die Löhne unter Druck. Zu mehr Wohlstand führt das alles nicht. Im Gegenteil: die meisten Arbeitnehmer und Mieter – also der grösste Teil des Volkes – gehören in diesem üblen Spiel zu den Verlierern. Natürlich gibt es auch Gewinner. Dazu zählen beispielsweise internationale Konzerne und deren Manager, Bauun-ternehmer, Architekten, Banken und Grossverteiler. Diese Kreise sind zwar in der Minderheit, ha-ben aber sehr viel Geld, um den Stimmberechtigten mit einer millionenschweren Desinformations-kampagne Angst zu machen.

Das sind die Fakten:

- ▶ Seit 2003 hat die Masseneinwanderung zu einer Bevölkerungszunahme von 1 Million Men-schen geführt.
- ▶ Momentan ist die Zuwanderung etwas zurückgegangen, aber das ist nur wegen der Corona-Krise so. Nachher wird sie wieder zunehmen, ohne dass wir etwas dagegen tun können, wenn wir nicht das Freizügigkeits-Abkommen kündigen.
- ▶ Zutreffend ist, dass die Schweiz einen grossen Teil ihres Wohlstands im Auslandsgeschäft erarbeitet. Das war aber schon immer so und ist nicht den EU-Verträgen, sondern unseren gu-ten Leistungen zu verdanken, die weit herum gefragt sind. Im Übrigen ist es überall auf der Welt so, dass die Nachbarländer jeweils die wichtigsten Handelspartner sind.
- ▶ Die Kundschaft in der EU wird weiter mit uns geschäften, ob es "Brüssel" passt oder nicht, denn welcher Kapitalist lässt sich schon ein gutes Geschäft entgehen?
- ▶ Die Personenfreizügigkeit ist kein Freiheitsrecht für Schweizer Arbeitnehmer. Für uns ist es sowieso unattraktiv, im Ausland zu arbeiten. Die Freizügigkeit dient dazu, mit einem Überan-gebot an Arbeitskräften aus ganz Europa die weitere ungesunde Aufblähung unserer Volks-wirtschaft zu ermöglichen sowie Löhne tief und Mieten hoch zu halten.

- ▶ Freihandel mit der EU ist in Ordnung. Doch die Gegenleistung von Freihandel besteht im Freihandel selbst, nicht in politischer Unterwerfung und Übernahme fremder Gesetze, und ebenso wenig darin, unbeschränkte Einwanderung zu erlauben.
- ▶ Einwanderer zahlen zwar vorerst in unsere Sozialwerke ein, doch bald werden auch sie alt und beziehen Rente. Mit Einwanderung lässt sich keine Altersvorsorge finanzieren.

Aber nachher geht's in die 2. Runde ...

Am 27. September 2020 müssen wir ein JA in die Urne legen, damit es überhaupt möglich wird, für weniger Zuwanderung zu sorgen. Die Begrenzungs-Initiative sieht aber entgegen ihrem Namen keineswegs eine zahlenmässigen Beschränkung oder gar Reduktion der Zuwanderung vor. Dazu müssten nach ihrer Annahme erst einmal die Kontingente für neue Aufenthaltsbewilligungen so festgesetzt werden, dass längerfristig, auch unter Berücksichtigung des zu erwartenden Familien nachzugs, der Wanderungssaldo höchstens null beträgt. Es bringt nichts, die Einwanderung zwar selber zu "steuern", aber so, dass die Unternehmen nach wie vor so viele Ausländer ins Land holen können wie sie wollen. Den Kampf für eine wirksame Verminderung des Zustroms von Ausländern werden wir Schweizer Demokraten weitgehend allein führen müssen. Die SVP hat ja mit ihrer Ablehnung der (sehr moderaten) Ecopop-Initiative mehr als deutlich gezeigt, dass sie keine wirksame Verminderung des Zustroms von Ausländern will. Beim Volk sieht das allerdings anders aus und werden wir auch ohne SVP eine Chance haben!

Die geplante Überbrückungsrente ist besser als nichts

Auch wenn die neue Rente für langzeitarbeitslose ältere Arbeitnehmer dazu dienen soll, die Begrenzungsinitiative zu bodigen – sie ist auf jeden Fall sinnvoll, um diese Menschen wenigstens in Würde aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden zu lassen. Die Überlegung, dass die neue Rente für die Unternehmen einen Anreiz schafft, ältere Mitarbeiter zu entlassen und mit jungen Einwanderern zu ersetzen, ist verkehrt. Sie werden dies mit oder ohne Überbrückungsrente tun, solange die Zuwanderung nicht streng limitiert wird.

Die beste Zeitung nützt nichts, wenn sie nicht gelesen wird!

Unsere Partei gibt seit 1966 die Zeitschrift "Schweizer Demokrat" heraus (früher: "Volk + Heimat"). Dort erfahren Sie manches, was in den "offiziellen" Medien verschwiegen wird. Leider haben viele SD-Sympathisanten die Zeitung nicht abonniert, und manche Abonnenten sind mit der Entrichtung ihres Abonnementsbeitrags (Fr. 45.– pro Jahr) säumig. **Tragen auch Sie dazu bei, dass wir unsere Zeitung weiterhin herausgeben können**, indem Sie diese abonnieren bzw., wenn Sie schon zum Leserkreis gehören, Ihr Abonnement jeweils auch bezahlen. Und nach dem Lesen gehört die Zeitung nicht ins Altpapier, sondern in den Briefkasten eines Nachbarn oder Bekannten!